

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends

Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:

Hamburg 25, Klaus-Groth-Strasse 1, 1. Stock Fernsprecher: Nordsee 8248

Postcheckkonto:

Vermögensverwaltung des Verbandes Hamburg 11598

Nach sechzig Jahren.

Von R. Zwing, Jena.

In diesem Monat, am 28. September, vollenden sich 60 Jahre seit der Gründung der ersten Internationale, der „Internationalen Arbeiterassoziation“. Die Gründung wurde beschlossen in einer Versammlung, die am 28. September 1864 in St. Martins Hall in London stattfand. In dieser Versammlung wurde ein Komitee gewählt, das den Auftrag bekam, provisorische Statuten und eine Prinzipienklärung auszuarbeiten. Diesem Komitee gehörte neben Engländern, Franzosen, Italienern Karl Marx an. Verschiedene Entwürfe lagen diesem Komitee vor, darunter ein Entwurf des Italieners Maggini, der aus der Internationale „eine Art Zentralregierung der europäischen Arbeiterklassen“ machen wollte. Nach Widerständen setzte sich aber Marx schließlich vollständig durch und wurde mit der Abfassung der Prinzipienklärung und der Statuten beauftragt.

Die Prinzipienklärung (in der Literatur unter dem Titel „Inauguraladresse“ bekannt), war eine Art Rückblick auf die Schicksale der Arbeiterklasse seit 1848, eine Feststellung des damaligen Standes der sozialen Lage der arbeitenden Klassen mit Ausblicken, wie die soziale Lage des Proletariats zu ihren Gunsten verändert werden konnte. In der Prinzipienklärung wie auch in den Statuten wurde der Arbeiterklasse zum ersten Male gesagt, welche große Bedeutung auch der Gewerkschaftsgedanke für die Befreiung der Arbeiterklasse hat, daß der ökonomische Befreiungskampf wichtiger ist denn der politische, und daß dieser Kampf nicht lokal, nicht national, sondern international geführt werden muß. Aus diesem Gedankenstamm heraus heißt es dann auch folgerichtig in der Einleitung zu den Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation:

„In Erwägung, daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung, als Mittel, untergeordnet ist.“

Es ist derselbe Geist, der dann zwei Jahre später auch den ersten Kongreß der Internationale in Genf (1866) beherrschte. Von den vier dort angenommenen, von Marx verfaßten Resolutionen über die soziale Frage behandelte die vierte die Gewerkschaftsfrage. Es heißt auch darin, daß die Gewerkschaften neben den Tageserfordernissen, die auf Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit gerichtet seien, bewußterweise zu „Brennpunkten der Organisationen der Arbeiterklasse“ werden müßten, um ihre vollständige Emanzipation herbeizuführen.

Marx betrachtete den wirtschaftlichen Kampf und die wirtschaftliche Befreiung als den springenden Punkt (den Brennpunkt) der Massenbewegung des Proletariats. Daher ordnete er den politischen Kampf dem wirtschaftlichen unter. Die Richtigkeit dieser These zeigt unsere heutige Zeit auffällig. Ist durch die Erlämpfung und der freiesten politischen Demokratie das Arbeitsleben der lohnarbeitenden Schichten irgendwie grundsätzlich verändert worden? Niemand wird dies behaupten wollen. Daher sehen heute auch immer mehr lohnarbeitende Schichten ein, daß nur, wenn die politische Demokratie durch die Wirtschaftsdemokratie ergänzt beziehungsweise unterbaut wird, eine wirkliche Veränderung des Arbeitsdaseins herbeigeführt werden kann. So hat jetzt in unserer Zeit der Kampfabschnitt erst begonnen, den Marx nach seinen Ueberlegungen über die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und der Bedeutung des Proletariats innerhalb der modernen Gesellschaft den Gewerkschaften vor 60 Jahren mit der Inauguraladresse und der Internationalen Arbeiterassoziation übertrug. Marx eilte damit seiner Zeit voraus. Das internationale Proletariat war in den sechziger Jahren sich weder seiner Lage noch seiner Bedeutung in der Wirtschaft bewußt. Am fortgeschrittensten war noch das englische Arbeiterium. Aber auch die notwendige theoretische Schulung zu den in der Inauguraladresse und den Statuten der Internationale niedergelegten Erkenntnissen und die aus diesen zu folgernden Kampfmethoden fehlten auch hier. Die französischen Arbeiter stellten um diese Zeit in einer vorläufigen Welt kleinbürgerlicher Revolutionäromantik und die deutschen Arbeiter waren nach der der achtziger Zeit folgenden Reaktionsperiode eben erst im Begriff, zu neuem politischen und organisatorischen Leben zu erwachen. Das deutsche Proletariat war um

diese Zeit in seinem inneren Wesen auch noch viel zu unentwickelt und seelisch unausgeglichen, um die schwierige Problematik des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses zu überblicken und in der Veränderung dieser Wirtschaft ihre wirkliche Emanzipation zu sehen. Ihm lag der politische Kampf um Gleichberechtigung viel näher und der Lassallesche Ruf nach dem freien allgemeinen Wahlrecht mußte daher ein viel größeres Echo in den Massen finden als der Ruf von Marx, daß wirkliche Befreiung nur von der wirtschaftlichen Seite zu erwarten und der große Endzweck die „ökonomische Emanzipation“ sei. Noch befaßt von Handwerk und Kunst, glaubte auch mancher Arbeiter mit dem Wahlrecht und den politischen Rechten an eine Rückkehr zu handwerklicher Selbständigkeit. Das Bewußtsein der Klasse im allgemeinen, und das Bewußtsein der historischen Mission der Arbeiterklasse in der gesellschaftlichen Entwicklung im besonderen, war nur erst in einem kleinen Kreise intelligenter Persönlichkeiten vorhanden. Die wirtschaftlichen Probleme lagen für die damalige geistige Entwicklung der Arbeiterklasse viel zu kompliziert, daß sie von dieser in ihrer Mehrheit übersehen werden konnten, und das marxistische Gesetz, daß nur durch eine Veränderung des wirtschaftlichen Unterbaues jeder Gesellschaft auch der politische, kulturelle und ideologische Ueberbau verändert werden kann, und daß die Wirtschaft das Primat, während Politik, selbst der Staat, das sekundäre Element ist, dürfte im allgemeinen bei den Arbeitern noch unbekannt gewesen sein.

Aus diesem Milieu heraus ist es durchaus verständlich, daß die Arbeiter den viel einfacher gelagerten politischen Problemen ein größeres Interesse entgegenbrachten. War es nicht so einfach und einleuchtend, wenn Lassalle den Arbeitern sagte, daß, wenn man den vorhandenen 70 bis 80 % proletarischen Zensiten das allgemeine gleiche Wahlrecht verschaffte, diese dann mit dem Hebel des Stimmzettels und der Gesetzgebung soziale Fragen lösen könnten. Aber selbst auf dem viel einfacher gelagerten Gebiet der Politik waren die Arbeiter aller Länder zur Zeit der Internationalen Arbeiterassoziation noch sehr unselbständig. In Frankreich konnte der Staatsstreicher Louis Napoleon zur Zeit, wo die Internationale Arbeiterassoziation die ökonomische Emanzipation forderte, trotz der revolutionären Traditionen der französischen Arbeiter ohne Sorgen leben; in England gingen sogar die Trades Unions an, sich von den geistigen Ausstrahlungen der Chartistenbewegung abzulösen, um sich den Liberalen zu nähern. Eine Bewegung, die von den englischen Arbeitern bald nach 1870 vollendet wurde und sie politisch und wirtschaftlich auf mehr als ein Menschenalter aufs engste mit den Liberalen verknüpfte. In Deutschland stand es um diese Zeit mit der politischen Selbständigkeit nicht anders. Die Arbeiterklasse war in sich selbst noch nicht ausgeglichen, hatte sich als Klasse noch nicht konstituiert und ließ sich nach ihrem politischen Erwachen in den sechziger Jahren zunächst als ein Anhängsel bürgerlicher Parteien gebrauchen. Klassische Stätten dieser politischen Unselbständigkeit waren die Arbeiterbildungsvereine in den sechziger Jahren. Langer Kämpfe bedurfte es, bis es August Bebel gelang, einen Teil dieser Arbeiterbildungsvereine für den Sozialismus zu gewinnen.

Doch wenn der Aufruf Marx' durch die Internationale Arbeiterassoziation an die Arbeiterwelt keine nachhaltigeren Folgen hatte, so waren es auch noch andere Ursachen als politische Unmündigkeit und wirtschaftlich-geistige Unreife. Gesellschaftliche Entwicklung erhält halb von der Wirtschaft, halb von der Politik her die Antriebe, wobei die Wirtschaft immer eine Weltere hinter der Politik folgt. Wirtschaftlich standen die letzten 60 Jahre im Zeichen weiteren Reisens des kapitalistischen Systems, ohne an das letzte Stadium heranzukommen. In der Politik ging der Kampf dagegen nach mehrhundertjähriger Entwicklung um den Schlußakt des demokratischen Systems. Bei allen Entwicklungen zeigen sich nach Weltgesetz in den Schlußakten die geringsten Widerstände. So war es auch bei dem System der politischen Demokratie. Und da auch in der Gesellschaftsentwicklung das physikalische Gesetz der Schwere zutrifft, das heißt, daß die Entwicklung in der Richtung des geringsten Widerstandes verläuft, so dürfte es erklärlich sein, daß die aufstrebende Arbeiterklasse den Kampf dort aufnahm, wo in Anbetracht der Lage und des Standes der

Entwicklung die größten Erfolge winkten. Das war auf dem Gebiete der Politik. So konnte die deutsche Arbeiterklasse auch in den letzten 60 Jahren, trotz mancher Rückschläge, Erfolg auf Erfolg buchen, um dann 1918/19 der formalen politischen Demokratie den letzten Schlußstein zu setzen.

Bei diesen erfolgreichen politischen Kämpfen wurde die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Emanzipation im Sinne Marx' immer mehr übersehen. Ja, es gab, beeinflusst durch große politische Stimmzettel-Erfolge, Zeiten, wo man den Gewerkschaften, die nach Marx die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse durchzuführen haben und daher als die Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse anzusehen seien, keine Bedeutung beimah, ja, sie als direkt überflüssig bezeichnete. Es sei nur an die Zeit nach dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokratischen Partei 1890 erinnert und die Debatten auf den verschiedenen der folgenden Parteitage. Selbst ein August Bebel ließ sich durch die Stimmzettel-Erfolge blenden, und auf dem Parteitag in Erfurt (1891) trat dies drastisch in Erscheinung, wo Bebel in einer Polemik gegen v. Vollmar ausführte: „Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren Untergang los, daß wir den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben. Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß wenige in diesem Saale sind, die diesen Tag nicht erleben werden.“

Wenn auch im Laufe der Jahre diese politischen Illusionen verrauchten und die Arbeiter ihre wirtschaftlichen Vertretungen wieder mehr beachteten und förderten, so waren die Gewerkschaften aber noch längere Zeit, von wenigen Ausnahmen abgesehen, geistig und in praxi den Zeitverhältnissen entsprechend ganz den Ideologien der politischen Auffassung der Arbeiterklasse unterworfen. Auch die seit der Jahrhundertwende einsetzende Verfestigung der Gewerkschaften änderte an der geistigen Gesamtaufassung über die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse sehr wenig. Man glaubte mehr oder weniger mit der politischen Stimmzettel-Demokratie die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse verändern zu können. Daher auch die gewaltige Enttäuschung und Verwirrung in der Arbeiterklasse, als man einsah, daß mit der politischen Formal-Demokratie die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht wesentlich verändert waren. Was dann weiter geschah, waren Verzweiflungsakte einer riesig enttäuschten Masse. Man wollte mit Gewalt erzwingen, was die organische Entwicklung noch versagt hatte.

Nach Jahren weiterer Gärung dürften wir uns heute in dem Stadium befinden, das immer weitere Kreise der Arbeiter, aber auch anderer Lohn- und Gehaltsempfänger mehr und mehr begreifen, daß nur eine grundsätzliche Veränderung des Arbeitsdaseins herbeigeführt werden kann, wenn zu der politischen Formal-Demokratie die wirtschaftliche Demokratie hinzutritt. In dem Zeitabschnitt mit seinen geistigen und technischen Zwischenwelten, in dem die Gleichberechtigung auch in der Gesamtwirtschaft herbeigeführt werden soll, dürften wir eingetreten sein. Die politische Entwicklung ist mit der formalen Demokratie zunächst zu einem gewissen Abschluß gekommen, der viel schwierigere und kompliziertere Kampf um die Wirtschaft beginnt. Wie dieser verläuft und in welchem Tempo, dürfte davon abhängen, welche wirtschaftlichen und geistigen Qualitäten die Arbeiter zu entwickeln vermögen. Das Tempo der Entwicklung wird zur Qualitätsfrage werden; denn das Majoritätsprinzip, das Gesetz der rohen Kraft und der großen Zahl, wird in der feinnerbigen komplizierten Wirtschaft versagen.

Was Marx vor 60 Jahren in der Inauguraladresse, den Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation und den Resolutionen des Genfer Kongresses der Arbeiterklasse zumutete, ist im Geschichtsverlauf durch eine politische Zwischenwelt unterbrochen worden, aber unumstößliche Wahrheit ist geblieben, daß die ökonomische Emanzipation der große Endzweck der Kämpfe der Arbeiterklasse bilden muß. Die Gewerkschaften, so sagte Marx vor 60 Jahren, sind die „Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse“, und sie werden, nach Marx, diese Endkämpfe führen müssen.

Konjunkturbericht für den Monat August 1924.

Durch unsere Arbeitslosenstatistik wurde für den Monat August eine Senkung der Beschäftigtenziffern im Malergewerbe nachgewiesen, die zwar nicht allgemein, in den davon betroffenen Gebieten aber doch so groß war, daß das Gesamtergebnis gegenüber Ende Juli um 0,7 % herabgedrückt wurde. Die Erhebung über die Konjunktur wird regelmäßig zu derselben Zeit vorgenommen, und wenn sie auch nicht unbedingt einen Vergleich mit den Ergebnissen der Arbeitslosenstatistik zuläßt, so zeigt sie doch ein ähnliches Bild, daß allerdings nur Raumalereiindustrie umfaßt, aber mehr ins Detail geht und als Ergänzung zu recht zuverlässigen Schlussfolgerungen berechtigt. Zu der Berichterstattung sind 49 Filialen herangezogen, von denen jede laufend über den Stand einiger bestimmter Betriebe am Orte berichten soll, deren Auswahl den Filialvorständen überlassen war. Ein Wechsel der Betriebe ist zu vermeiden, da die Zuverlässigkeit der Berichterstattung darunter leiden und andererseits ein Vergleich mit den vorhergegangenen Ergebnissen zu Trugschlüssen führen müßte.

Die Berichterstattung ist im allgemeinen besser als bei der Arbeitslosenstatistik, da von vornherein nur Filialen damit beauftragt wurden, die durch regelmäßige Beteiligung eine Gewähr für die gute Durchführung boten. Mit geringen Ausnahmen laufen auch die ausgefüllten Fragebögen rechtzeitig ein, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Berichterstattung bei einigem Bemühen der berichtenden Vertrauenspersonen noch vollständiger wird. Besonders wäre es wünschenswert, daß die Fragebögen auch in allen Zeiten ausgefüllt werden. Es beeinträchtigt den Wert der Erhebung recht wesentlich, wenn die Frage nach dem Beschäftigungsgrad nicht einwandfrei beantwortet ist, indem das Nichtzutreffende nicht durchstrichen wird oder wenn die Zahl der organisierten Kollegen nicht angegeben ist.

Für den Monat August haben 45 Filialen für 133 Betriebe mit insgesamt 3942 Beschäftigten, darunter 326 Lehrlinge in 109 Betrieben rechtzeitig berichtet. Den Beschäftigungsgrad beurteilen 22 Betriebe gleich 100 % mit 1031 Beschäftigten gleich 26,2 % als sehr gut, 56 Betriebe gleich 43 % mit 1518 Beschäftigten gleich 58,5 % als gut, 46 Betriebe gleich 34,1 % mit 1179 Beschäftigten gleich 29,9 % als befriedigend und 9 Betriebe gleich 6,6 % mit 211 Beschäftigten gleich 5,4 % als schlecht. Dieser Rückgang hat seinen Ausdruck in einer Verminderung der Einstellung von Arbeitern von 451 gleich 11,3 % seit dem Vormonat auf 349 gleich 8,8 % und einer Erhöhung der Entlassungsziffern von 417 gleich 10,5 % auf 579 gleich 14,6 % der Beschäftigten gefunden. Wie bei der Arbeitslosenstatistik sind es auch hier nur der 2. und 4. Reichsbezirk, wo in den besetzten Gebieten die Zahl der Entlassungen größer ist, während in allen übrigen Bezirken die Zahl der Neueinstellungen noch überwiegt. Dabei ist allerdings zu beachten, daß Linierebetriebe durch die Konjunkturumfrage nicht erfaßt werden.

Es ist erfreulich und ein Zeichen ungemein guter Verhältnisse unseres Verbandes, daß eine große Anzahl von Betrieben reflexlos, einschließlich der Lehrlinge und des Hilfspersonals, organisiert sind, und es bestätigt die alte Erfahrung, daß die Arbeitsbedingungen in diesen gut organisierten Betrieben bessere sind, als in anderen Werkstätten. Mehrfach wird betont, daß alle Arbeitnehmer über die tariflichen Mindestsätze entlohnt werden, während Nebenstundenarbeit, mit Ausnahme dringlicher Aufträge in Geschäftszimmer, nicht geleistet wird. Das Organisationsverhältnis hat sich gegen den vorigen Monat etwas gebessert; von den 3942 Beschäftigten sind 3337 gleich 84,6 % gegen 81,4 % Ende Juli Mitglied unseres Verbandes.

Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt für 15 Betriebe mit 721 Beschäftigten gleich 15,6 % unter 48 Stunden, für 115 Betriebe mit 3092 Beschäftigten gleich 78,4 % 48 Stunden und nur 2 Betriebe mit 116 Beschäftigten gleich 3 % arbeiten länger, nämlich 54 Stunden die Woche. Dementsprechend regelt sich die tägliche Arbeitszeit für 94 Betriebe mit 2897 Beschäftigten auf 8 Stunden, für 35 Betriebe mit 921 Beschäftigten auf 8 1/2 Stunden und für 3 Betriebe mit 124 Beschäftigten auf 9 Stunden, von denen 1 Betrieb mit 9 Beschäftigten am Sonnabend nur 3 Stunden arbeitet. Über 11 Stunden arbeiten nur noch in 15 Betrieben mit 321 Beschäftigten gemeldet, davon in 3 Betrieben ohne die tariflichen Zuschläge von untergeordneten Hilfskräften, die der irtümlichen Meinung sind, dadurch ihre Lage zu verbessern und recht bald durch eigenen Schaden von der Verwerflichkeit ihres Handelns überzeugt werden dürften.

Unverkennbar zeigt sich im allgemeinen ein Rückfallen der Konjunktur, die für unsere Beruf weniger in einer Verschärfung der Wirtschaftslage, als vielmehr in dem Verschärfen der Konkurrenz liegt. Außerdem treibt die Lebensnotwendigkeit und die Überfüllung der kleinen und mittleren Wohnstätten der dringender nötigen Modernisierung dringend entgegen. Eine durchgreifende Abhilfe kann nur durch die planmäßige Erstellung neuer Wohngegendebenen erreicht werden.

Dann hat in den Jahren nach dem Kriege, hervorgerufen durch teilweise Entschärfungen der Haushälter und Beschäftigte durch sozialistische Fortbewerksamerikaner und anderer eine „Selbsthilfe“ der Gewerbetreibenden eingesetzt, die auf dem Markt sehr geschätzt hat und den empfindlichen Unternehmern einen neuen als eine sehr lange Freude bezeichnend hat. In den meisten Fällen hätte eine gründliche Analyse und die Suche nach einem besseren Dienst gerade die richtigen Kollegen, die zuletzt die Rechte dieser Gruppe zu verwalten müßten, immer manchen Unternehmern, die hätte kein Kollege haben zurückgelassen, die von jedem Verweigernden klar auszusprechen, daß die Ausnutzung des Malerberufes eine ganz normale und notwendige das zu verarbeitenden Gewerbe zu sein, wenn anders die aufgewandten Kosten und Mühen nicht umsonst vergeudet sein sollen. Die Unternehmern, die von dieser „Selbsthilfe“ ablassen und die

Arbeit sachgemäß von Berufstüchtigen, zum eigenen Vorteil und zum Nutzen des Malergewerbes, ausführen lassen. Die neuen Fragebogen sind den Filialen mit den Karten für die Arbeitslosenstatistik bereits zugestellt. Stichtag ist Sonnabend, 27. September. Das Material ist spätestens am 3. Oktober an den Hauptvorstand einzusenden.

Die Ratifikation des Achttundentags-Abkommens.

Nach den über die Konferenz der Arbeitsminister in Bern veröffentlichten Berichten seien die Minister einmütig der Ansicht gewesen, daß die Durchführung der Washingtoner Konvention namentlich aus sozialen Gründen wünschenswert sei. Nach einer eingehenden Prüfung aller Klauseln der Achttundentagkonvention zur Befestigung aller Schwierigkeiten, die aus einer verschiedenen Auslegung entstehen könnten und um die Ratifikation durch alle Länder zu erleichtern, erklärten die Minister ferner einmütig, daß die gemeinsame Ratifikation möglich ist. Der britische und der französische Arbeitsminister haben bereits bei ihren Parlamenten einen Gesetzentwurf zur Ratifikation eingebracht. Die Tschechoslowakei, Oesterreich, Indien, Rumänien und Griechenland haben schon ratifiziert. Das Hauptinteresse der Konferenz galt der Faltung Deutschlands, das durch die Verordnung vom Dezember 1923 die Verlängerung des Arbeitstages in gewissen Industrien gestattete. Nachdem ausdrücklich festgestellt worden war, daß die Position aller ratifizierenden Staaten vollkommen identisch ist und keine auswärtige Kontrolle über die wirtschaftliche Gesetzgebung Deutschlands in Frage kommen könne, sagte der deutsche Arbeitsminister zu, daß er die Ratifikation der Achttundentagkonvention der deutschen Regierung empfehlen werde und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Dezemberverordnung baldigst aufgehoben werde.

Unter gewissen Voraussetzungen soll also jetzt der Achttundentag ein europäisches Gesetz werden. Damit wird zum Teil eine alte Forderung der Arbeiterschaft nach dem Achttundentag endlich international gesichert. Die Beschlüsse von Bern eriparen im Augenblick der europäischen Wirtschaft gewaltige Opfer, die ein Kampf mit sich gebracht hätte, zum anderen sind sie ein Mittel, den internationalen Konkurrenzkampf des Kapitals zu entspannen.

Wenn aber der Reichsarbeitsminister daran denken sollte, was nach seinem Artikel im „Reichsarbeitsblatt“ zu vermuten ist, bei der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit den Artikel 14 des Washingtoner Abkommens in Anwendung zu bringen, der besagt, daß die Bestimmungen des Abkommens im Kriegsfall oder bei Ereignissen, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen, suspendiert werden können, dann wird er auf den schärfsten Widerstand der Arbeiterschaft stoßen. Das Washingtoner Abkommen an und für sich läßt schon die Möglichkeit zu, daß über 8 Stunden hinaus in bestimmten Fällen gearbeitet werden kann. Wenn aber Deutschland ein noch größerer Spielraum eingeräumt worden ist, so wäre dies äußerst bedenklich. Die deutsche Regierung muß vor allen Dingen wissen, daß, wenn durch die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens der Achttundentag nicht zur Regel wird, daß dann zweifellos gewaltige Wirtschaftskämpfe um den Achttundentag die Folge sein werden. Die deutsche Arbeiterschaft kennt heute die Segnungen des Achttundentages. Sie will unter keinen Umständen auf den Achttundentag verzichten. Wenn gegenwärtig größere Teile der deutschen Arbeiterschaft länger als 8 Stunden pro Tag arbeiten, so nur unter dem Druck der gegenwärtigen trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse. Sobald aber die Krisis innerhalb der deutschen Wirtschaft behoben sein wird, dann wird die Arbeiterschaft ihre Forderungen anmelden und auch darum mit aller Entschiedenheit kämpfen. Durch nichts könnte die deutsche Arbeiterschaft mehr geschädigt werden, als durch Wirtschaftskämpfe, die um die Verkürzung der Arbeitszeit entbrennen würden. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zeigt, daß gerade die Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit die schwersten und hartnäckigsten waren, die an die Beteiligten die größten Opfer stellten und durch die Industrie und Wirtschaft stark belästert wurden.

Es ist das Größte an der europäischen Lage: Während sich die Völker politisch näher kommen und nach Verständigung streben, verschlechtert sich handelspolitisch die Lage mehr und mehr. Hunderte von Kommissionen beraten über Minimal- und Maximalzölle. Die Anfänge eines harten Zollkrieges sind schon da, und kein Mensch kann bestreiten, daß die Gefahren, die hier entstehen, die eben errungenen Anfänge einer Völkerverständigung wieder vernichten können. Politische Gegenmittel werden hier nicht helfen, hier sind wirtschaftliche Maßnahmen am Platze, die dem rein kapitalistischen Kampf um den Warenabsatz seine Spitze nehmen. Wir haben es hier mit Ursachen zu tun, die der kapitalistischen Wirtschaft entspringen, die nur der Sozialismus überwinden kann.

Der internationale Achttundentag ist eine sozialistische Maßnahme. Sie wendet sich gegen das kapitalistische Prinzip, den Auslandsmarkt durch Preisunterbietung erobern zu wollen. Die besonderen Lasten, die der deutschen Wirtschaft durch die vorläufige Regelung des Reparationsproblems aufgebürdet wurden, haben bei ihr die Tendenz verstärkt, zu den alten imperialistischen Waffen: Anormale Löhne, abweichende Arbeitszeiten und Zollschutz, zu greifen, um mit diesen Mitteln den Kampf um den Warenmarkt zu schlagen. Die englischen Gewerkschaften haben den Zusammenhang der Dinge ganz richtig erkannt, als sie freiwillig auf das launliche Abhängigkeitsverhältnis des deutschen Dumpings von den deutschen Reparationslasten hinwiesen. Auch in Berlin ist das sozialistische Gewissen von dem Einfluß einer verlängerten Arbeitszeit in Deutschland auf die deutschen Auslandspreise geschärft worden, nachdem auf die Möglichkeit eines deutschen Dumpings infolge der Durch-

brechung des Achttundentages im In- und Auslande seit Monaten hingewiesen wurde.

Der Fortschritt der Abmachung in Bern ist der, daß über eine Frage, die für die Weltwirtschaft von größter Bedeutung ist, eine internationale Regelung erfolgt. Mit andern Worten: Man wird dem individuellen Prinzip, das sich bisher schrankenlos in der modernen Verkehrswirtschaft austobte und eine anerkannte Gefahrenquelle darstellte, eine Grenze setzen, die durch Rücksicht auf die gesamte Weltwirtschaft bedingt wird. Darin liegen Keime und Anfänge einer großzügigen gemeinschaftlichen Regelung der immer brennender werdenden weltwirtschaftlichen Probleme.

Aber noch mehr. Kein Mensch wird glauben, daß durch die Regelung von Bern auch nur unvollkommen jene Komplikationen beseitigt werden können, die der imperialistische Kampf um den Warenabsatz schafft. Vielleicht ist zu erwarten, daß dieser Kampf Europa in den nächsten Monaten noch kritische Stunden bereiten wird. Aber gerade diese Entwicklung bedeutet immer mehr den Zwang, von der unregelmäßigen Produktion der gegenwärtigen Waren- und Geldwirtschaft zu einer Regelung zu kommen, die die wirkliche Deckung des Bedarfs durch die befähigten Industrien mit den billigsten Mitteln zur Voraussetzung hat. So kann sich die Selbstzerlöschung Europas nur in der Abkehr von der kapitalistischen Anarchie und dem Warenimperialismus vollziehen, um einer sozialistischen Wirtschaftsform Platz zu machen.

Erleichterung der Wirtschaftskrise?

Ende August hat die deutsche Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht. Sie hat einen katastrophalen Umfang angenommen. Der Kohlenbergbau, der Kali- und Erzbergbau, die Glittenindustrie, aber auch sämtliche übrigen Industriezweige lagen danieder. Für den Monat Juli meldeten 6 große Organisationen 29,4 % der erfaßten Mitglieder als Kurzarbeiter und 13,8 % als Vollarbeitslose. Im Monat August hat sich aber die Lage noch weiter verschlechtert. Die Belegschaft des Ruhrbergbaues verringerte sich von circa 560 000 auf etwa 460 000, das heißt um 100 000. Die Zahl der Feierschichten wurde immer größer. Die Zahl der Vollarbeitslosen wurde im Monat August auf über 600 000 geschätzt. Die Kurzarbeit war aber durchweg vorherrschend. Nun wird in den Berichten einzelner Handelskammern eine gewisse Erleichterung gemeldet. Die Nachprüfung dieser Angaben entzieht sich unserer Kontrolle; insbesondere ist es nicht möglich, festzustellen, ob die ungeheure Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit etwas zurückgegangen sind. Wir können aber die einzelnen Tatsachen, die zur Verschärfung der Wirtschaftskrise beitragen, daraufhin prüfen, ob inzwischen in bezug auf dieselben wesentliche Veränderungen, die das Konjunkturbild beeinflussen, eingetreten sind.

In erster Linie war für die Wirtschaftskrise die ungünstige Preisentwicklung sowohl für den Rückgang des inneren Verbrauchs wie in bezug auf die Ausfuhr verantwortlich. Wie stellt sich heute das Bild dar? Der Preisabbau konnte auch im August keinen Fortschritt machen, ja im Gegenteil war eine Preissteigerung zu verzeichnen. Ende August betrug die Großhandelsmehrwert der „Frankfurter Zeitung“ 192, ungefähr soviel wie Ende Mai. Gegenüber dem Höchststand der Warenpreise Ende April mit 146 % des Friedensstandes ist der Preisrückgang nicht bedeutend genug. Die Getreidepreise, aber auch die anderen Lebensmittelpreise sind gestiegen, ebenso die Preise für die meisten ausländischen Rohstoffe. Die Lebenshaltungskosten blieben unverändert. Die Mieten betragen im Reichsdurchschnitt ungefähr 70 % der Vorkriegsmiete. Die Ernährung war dagegen um 22 %, die Bekleidung um 42 %, Heizung und Beleuchtung um 41 % teurer als vor dem Krieg. Im ausländischen Warenverkehr waren die Preise ohne Zweifel niedriger. Die Industrie hat für das Inland höhere Preise berechnet als für das Ausland. Mit andern Worten, sie hat „Warendumping“ getrieben. Dieser Preisunterbietung gegenüber der Auslandskonkurrenz ist es zu verdanken, daß die Handelsbilanz im Monat Juli zum ersten Male in diesem Jahr wieder einen Ausfuhrüberschuß zeigte, wenn auch nur in einem geringen Ausmaß (17 Millionen Goldmark). Bekanntlich war bis Ende Juni ein Einfuhrüberschuß im gewaltigen Betrag von 1,6 Milliarden Goldmark vorhanden, ein Zustand, der auf die Dauer nicht zu halten war. Im Monat Juli ist die Einfuhr um 200 Millionen Goldmark zurückgegangen, die Ausfuhr um 100 Millionen gestiegen. Der Rückgang der Einfuhr entfällt aber zum größten Teil auf Rohstoffe (statt 303 Millionen im Juni wurden im Juli nur für 198 Millionen Rohstoffe eingeführt). Es fragt sich, ob die Ausfuhr in den folgenden Monaten ohne Scheuderkonkurrenz sich erhöhen kann. Dies hängt mit einer gesunden Preisentwicklung, die statt Dumping durch die Veränderung der Kostenelemente der Produktion wirken soll, und mit der Gewinnung ausländischer Absatzmärkte zusammen.

Daß die Preise trotz der niedrigen Löhne, deren Anteil an den Produktionskosten viel geringer ist als vor dem Krieg, hoch sind, daran waren die Geld- und Kreditknappheit, die ungeheuren Zinsen, ein unrichtiges Steuersystem, die hohen Frachtsätze, nicht zuletzt auch eine unter den gegenwärtigen Verhältnissen unzureichende Organisation der Industrie schuld. In bezug auf diese Punkte sind manche Veränderungen eingetreten.

Die Krise des Geld- und Kreditmarktes ist heute etwas gehindert und dürfte in Zukunft weitere Erleichterung erfahren. Die Reichsbank hält auch heute noch an den Kreditbeschränkungen fest. Indessen können sich die Banken leichter bewegen und, ohne große Massenbestände halten zu müssen, Kredite gewähren. Allerdings können nur Firmen ersten Ranges Kredite erhalten. Die Errichtung der neuen Reichsbank und die 800-Millionen-Anleihe sollen bald neue Zahlungsmittel in den Verkehr bringen. Dies wird, selbst wenn die Reichsbank sich bestrebt, eine neue Inflation zu verhindern, aus geldtechnischen Gründen erfolgen, ja es besteht die Möglichkeit, daß wir es für einige Zeit tatsächlich mit einer neuen Inflation zu tun haben

werden. Gingu kommen die ausländischen Privat- kredite. Vorerst sind diese nur noch spärlich vorhanden — die Finanzierung der Zuckerausfuhr durch eine amerika- nische Privatleihe und die Kalkitredite waren die wich- tigsten —, doch sollen große amerikanische Privatredite bald gewährt werden. Man rechnet von 90 Millionen Dollar. Bei der großen Selbstlosigkeit und dem niedrigen Zinsfuß in Amerika ist dies wohl zu erwarten. Die Kredit- zinsen, die die deutsche Wirtschaft tragen muß, werden jedoch weiter hoch bleiben und nur allmählich mit der völligen Wiederherstellung der Kreditfähigkeit Deutschlands wieder sinken. Die Produktion wird durch diese Zinsen auch in der Zukunft verteuert. Der teure Kredit wirkt nachteilig auf die Löhne zurück; zugunsten des Finanzkapitals müssen diese geschnitten werden, was auf der andern Seite zum weiteren Nachlassen der Kaufkraft und zur Ab schwächung des inneren Marktes beiträgt. Wichtig sind noch die hohen Frachtsätze. Sie standen Ende August immer noch bedeutend höher (durchschnittlich um 12%) als die Groß- handelspreise. Die Regierung hat nun eine Ermäßigung der Frachtsätze beschlossen. Die Umsatzsteuer, die für die Teuerung zum Teil verantwortlich ist, soll um 1/2% herabgesetzt werden — eine recht ungenügende Ermäßigung. Um die Rolle der Umsatzsteuer ermaßen zu können, müssen wir wissen, daß im Vorschlag für das laufende Finanzjahr beinahe ein Viertel der gesamten Staats- einnahmen auf die Umsatzsteuern entfällt, und daß in den ersten vier Monaten des Finanzjahres (April bis Juni) bereits die Hälfte der Summe (578 Millionen), die für ein ganzes Jahr aufgebracht werden soll (1280 Millionen), erreicht wurde. In diesen Zahlen, die auch in den übrigen Reichseinnahmen, kommt auch die un- gerechte Verteilung der Lasten zum Ausdruck. Die Steuern auf Vermögen und Erbschaft haben ganz geringfügige Summen gebracht, ein Viertel — ein Achtel des sehr bescheidenen Vorschlags. Die Lohnlage ist im Monat August ungefähr die gleiche geblieben, freilich hat sich die Lage der Lohnarbeiter infolge der Kurzarbeit sehr wesentlich verschlechtert. — In organisatorischer Hinsicht war die Industrie bestrebt, sich den neuen Verhält- nissen anzupassen. Der Zusammenschluß von Industrie- betrieben macht weitere Fortschritte. Nur erfolgt er in der letzten Zeit nicht durch vertikale Konzentrationen, son- dern durch horizontale, das heißt durch Zusammen- fassung gleichartiger Betriebe. War die vertikale Konzentration die Folge der billigen Reichsbankkredite und der Angst um ausreichende Rohstoffversorgung (wazu aller- dings noch die Erparnisse an Umsatzsteuern hinzukamen), so ist der Zweck der neuerlichen horizontalen Konzentration, die zumeist in Form von „Interessengemeinschaften“ zu- stande kommt, neben Preis- und Absatzpolitik eine Stan- dardisierung der Produktion in die Wege zu leiten. In organisatorischer Hinsicht sollen das Abkommen des deutschen Palisändikats mit dem elsäß-lothringi- schen für die Belieferung Amerikas, die Pläne des Stinneskonzerns für die Schaffung eines europäischen Filialnetz und zur Herstellung von Kleinautos erwähnt werden. Für beide Industriezweige hat sich die Stinnesgruppe neuerdings bedeutende Unternehmen ange- gliedert.

Neben diesen Faktoren ist für die Wiederbelebung der deutschen Ausfuhr die Handelspolitik, die von Deutschland verfolgt wird, von großer Bedeutung. Die Wege der Handelspolitik sind heute viel schwieriger als zu- vor; überall in der Welt herrscht der Geist der Ab- spernung. Die ausländischen Märkte werden durch hochschützende Zölle versperrt. Ist es eine richtige Handels- politik, wenn sich auch Deutschland mit Zollmauern umgibt? Man sagt, die hohen Schutzzölle sind notwendig, damit man bei den Handelsvertragsverhandlungen mit andern Ländern durch Herabsetzung der Zölle Zugeständnisse erreichen kann, die ohne diese Waffe nicht zu erhalten wären. Dieser Weg ist aber äußerst bedenklich. Er kann letzten Endes zu einer weiteren Absperrung, zur Erschwerung der Verhandlungen, schließlich aber, selbst im Fall einer gewissen Herabsetzung der Zölle, zur übermäßigen Verteuerung der inländischen Produktion und des Verbrauchs sowie zur Steigerung der arbeitslosen Gewinne führen. A. H.

Akademische Gewerkschaftsschulung.

Die Akademie der Arbeit, die der Universität Fran- kfurt a. M. angegliedert ist, eröffnet am 1. Oktober dieses Jahres den vierten Lehrgang, der am 30. Juni 1925 enden soll. Aus dem nachstehenden Lehrplan der Akademie der Arbeit ist zu ersehen, welche Wissensgebiete als not- wendig für den heutigen geschulten Gewerkschaftsfunktionär gehalten und in Frankfurt vermittelt werden; daraus er- geben sich die an die Teilnehmer gestellten Anforderungen. Die Gewerkschaften sind die Träger dieses Instituts, deshalb verpflichtet, die erforderliche Mindestzahl an Hörern zu stellen. Es können aber auch andere als von den Gewerk- schaften delegierte Personen zur Arbeiterakademie entsandt werden. Diese müssen jedoch einen Antrag auf Zulassung unter Beifügung eines Lebenslaufes an das Dozenten- kollegium der Akademie einreichen.

Lehrplan des vierten Lehrgangs der Akademie der Arbeit.

- 1. Allgemeine und Einführungs- vorlesungen.**
Einführung in die Studienaufgaben der Akademie. — Die Ordnungen des Volkslebens: Wirtschaft, Gesellschaft, Staat (Arbeitsgemeinschaften). — Weltgeschichte im Grund- riss. — Geistesgeschichte der Neuzeit.
- 2. Wirtschaft.**
Volkswirtschaftslehre im Umriß. — Wirtschaftsgeo- graphie. — Betriebswirtschaftslehre. — Soziale Betriebs- lehre. — Finanzpolitik. — Industriebetriebslehre. — Land- wirtschaft. — Gewerbe und Gewerbetätigkeit. — Lohnpolitik. — Kartelle und Kräfte. — Statistik. — Psychotechnik. — Volks- und Gewerbehygiene (mit Führungen). — Bank und Börse. — Valutasfragen. — Wirtschaftliche Tagesfragen. — Einführung in die theoretische Nationalökonomie (mit volkswirtschaftlichen Übungen). — Geschichte der ökon-

mischen Lehrmeinungen. — Heimarbeit. — Aufbau und Probleme der modernen Handels- und Industrieländer.

3. Recht.

Grundbegriffe des Privatrechts und des öffentlichen Rechts. — Recht der Erwerbsgesellschaft. — Strafrecht und Kriminalpolitik. — Staatsrechtl. — Arbeitsrecht. — Schlich- tungswesen und Arbeitsprozeßrecht.

4. Politik.

Allgemeine Staats- und Rechtslehre. — Seminar über politische Tagesfragen (fakultativ). — Reichsverfassung (unter Berücksichtigung der übrigen Verfassungsformen der Gegenwart). — Kommunalpolitik.

5. Soziologie und Sozialpolitik.

Allgemeine Gesellschaftslehre. — Die Gesellschaftslehre von Karl Marx. — Seminar über Lassalles Arbeitspro- gram (fakultativ). — Grundzüge der Sozialpolitik. — Die deutsche und die internationale Gewerkschaftsbewegung bis zur Gegenwart. — Gewerkschaftspolitik. — Seminar über „Gewerkschaftspolitik“ (Vorträge von Th. Brauer: „Die Krise der Gewerkschaften“ und anderen Schriften) (fakultativ). — Aufbau und Politik der Arbeitgeberverbände. — Sozia- lismus und soziale Fragen. — Übungen zu der Vorlesung „Sozialismus und soziale Frage“ unter besonderer Be- rücksichtigung der Schriften des englischen Sozialismus (Cole: Selbstverwaltung in der Industrie) (fakultativ). — Seminar über die Probleme von Staat und Gesellschaft (im Anschluß an Lorenz von Stein: „Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich seit 1789“) (fakultativ). — Christ- liche Soziallehren. — Städtische Wohlfahrtspflege.

Wenn Beamte in genügender Zahl an dem Lehrgang teilnehmen, werden außerdem noch besondere Vorlesungen für Beamten und Behördenangestellten abgehalten. Es sind vorläufig in Aussicht genommen Vorlesungen über: Ver- waltungsrecht. — Beamtenrecht. — Geschichte des Beamten- tums. — Geschichte der Beamtenbewegung. — Je nach der Zusammenfassung der teilnehmenden Beamten und An- gestellten treten weitere Spezialvorlesungen hinzu.

Baugewerbliches.

„Gehag“, gemeinnützige Heimstätten-, Spar- und Bau-Vereinsgesellschaft Berlin. Von den freien Gewerk- schaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten, in Ver- bindung mit Baugenossenschaften und der „Reichswohnungs- fürsorge“ gegründet, stellt die Aktiengesellschaft gewisse- maßen eine örtliche Gesellschaft der letzteren dar. Ihre Arbeit erstreckt sich besonders auf folgendes Gebiet: 1. Auf- stellung von Entwürfen und Zeichnungen nebst Berech- nungen für alle Siedlungs- und Wohnungsbauten; 2. Er- wirkung der Hauszinssteuerhypothek; 3. schlüsselfertige Aus- führung aller Siedlungs- und Wohnungsbauten für ein- zelne sowie für Korporationen; 4. Lieferung aller not- wendigen Baustoffe in guter Qualität zu den niedrigsten Preisen. Die Gesellschaft stellt für die Errichtung von Häusern zweckmäßige und gesunde Hausstypen her, die so durchgearbeitet sind, daß keinerlei Materialverschwendung in Frage kommt und die Bauten doch den Bedürfnissen ent- sprechen. Nähere Auskunft wird im Bureau der Gesell- schaft, Berlin S 14, Inselstr. 6, erteilt.

Gewerkschaftliches.

Der erste Bundestag des Baugewerksbundes begann nach der Lagung der Fachgruppen, worüber wir bereits berichteten, am 3. September seine Verhandlungen. Der Vorsitzende Paepelow ging in seinem Bericht insbesondere auf allgemein wirtschaftspolitische und sozialpolitische Fragen ein; auf die Frage der Bauwirtschaft, der Sozialisi- erung, des Bauarbeiter-schutzes und andere mehr. Hier- auf folgte der zweite Teil des Vorstandsberichts, der sich hauptsächlich mit den verbandstörhenden Tendenzen im Baugewerbe beschäftigte. Berichterstatter war Genosse Bernhard, der ein umfangreiches Material zusammen- getragen hatte.

In der anschließenden Aussprache wurde von den ein- zelnen Rednern auf die Frage des Wiederaufbaues, der zu treffenden Unterstützungseinrichtungen, der Förderung der sozialen Baubetriebe, des Bauarbeiter-schutzes, des Ver- bandes der Ausgeschlossenen, der Haltung des „Grundstein“, des Wohnungsbaues usw. eingegangen. Von fast allen Rednern wurde den Maßnahmen des geschäftsführenden Vorstandes zugestimmt. Darauf folgten die Schlussworte der Referenten. Scharf wandte sich Paepelow gegen das Streifen in Arbeiterbetrieben. Wenn gerechte Forderungen der Arbeiter dort nicht berücksichtigt werden, dann solle man eher die Leitung wegsetzen, aber nicht gegen den Betrieb vorgehen. Einstimmig wurde der Vorstand entlastet. Weiter gelangten folgende Anträge zur An- nahme: „Der Bundestag erklärt, daß der Wohnungs- neubau nur aus der bestehenden Wohnungswirtschaft gefördert werden kann. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, fordert der Bundestag vom Reichstag, daß die auf Grund der dritten Steuerordnung erhobenen Staatssteuern restlos dem Wohnungsneubau zugeführt werden.“ — „Der erste Bundestag protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Wiedereinführung von Zöllen auf Lebensmittel, insbesondere des Brotzölles. Der Bundestag fordert eine gerechte Verteilung der Lasten, die sich aus dem Friedensvertrag und dem Londoner Ab- kommen ergeben. Er ruft die baugewerblichen Arbeiter auf, die politischen Parteien zu unterstützen, die dafür ein- treten, daß die Bewirtschaftung des Grund und Bodens so umgestellt und ausgebaut wird, daß die Ernährung der Bevölkerung in weitestmöglichem Maße sichergestellt ist.“

Des weiteren wurde einer Resolution zugestimmt, die sich gegen die Einschränkung des freien Betätigungsrechts der Gewerkschaft durch die Schlichtungsordnung vom 30. Ok- tober 1923 wendet. Der Leipziger Beschluß bezüglich der Ausgeschlossenen wurde aufrechterhalten. Es folgte sodann die Behandlung des Punktes über „die besonderen Aufgaben und das Zusammenwirken der Fachgruppen, Stand der Jugendbewegung und die Beratung der Bundesausschuss“. Bei

der Sitzung war zweifellos die Ausgestaltung der Beiträge und der Unterstützungen der wichtigste Punkt. Gegen 19 Stimmen wurde grundsätzlich die Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung beschlossen. Ueber den Zeit- punkt wurde nichts Bestimmtes festgelegt. In einer Nach- sitzung nahm der Bundestag das Referat Löpfers über das Tarifvertragswesen und Otlos über Ar- beitsdienstpflicht, Pflichtarbeit und Not- standsarbeit entgegen. Die vom Bundesausschuss zu diesen Punkten unterbreiteten Resolutionen gelangten zur Annahme.

Ueber die Frage der Arbeitsbeschaffung re- feriert Kollege Silber Schmidt. Er weist auf die dauernden Verhandlungen der Organisation mit den maß- gebenden Regierungsstellen hin, die nicht ohne Erfolg waren. An alle Funktionäre richtet er den dringenden Appell, der Arbeitsbeschaffung stets Aufmerksamkeit zu wid- men. Bei der Beratung der Anträge zum Statut gelang- ten die vom Bundesausschuss gestellten Anträge durchweg zur Annahme. Die Neuregelung der Beiträge und der verschiedenen Unterstützungssätze wurde beschlossen. Das neue Statut soll am 1. Januar 1925 in Kraft treten. Die Bestimmungen über die Reiseunterstützung gelten schon vom 1. Oktober dieses Jahres an. Zugestimmt wurde auch einer Entschlieung zur tariflichen Gestaltung des Lehrlings- rechts. Im „Grundstein“ sollen künftig wieder Anzeigen aufgenommen werden. Eine Reihe weiterer Anträge, die sich mit der besseren Ausgestaltung der Fachgruppen be- schäftigen, werden dem Bundesausschuss zur Berücksichtigung übermiesen. Bei der Wahl des Bundesausschusses wurde Paepelow zum ersten Vorsitzenden, Bernhard zum zweiten und Scheibel zum dritten bestimmt. Die bis- herigen Sekretäre wurden erneut bestätigt. Dem wegen Krankheit ausgeschiedenen bisherigen zweiten Vorsitzenden Behrendt wurde für seine langjährige Tätigkeit der Dank der Organisation ausgesprochen.

Das Landesberufsausschuss Berlin mit seinen Abteilungen für Berufsberatung: a) für die akademischen Berufe und die Schüler und Schülerinnen der Oberstufe der höheren Lehranstalten, b) für erwerbsbehinderte und fürsorge- bedürftige Jugendliche, c) für erwerbsbeschränkte erwachsene Personen und für entlassene Strafgefangene, d) sowie der Eignungsprüfstelle, und e) Archiv und Bibliothek, wird Anfang Oktober 1924 mit dem Landesarbeitsamt Berlin räumlich zusammengelagert und die Räume im früheren Schulhause, Niederwallstr. 12, beziehen.

Wohin gehört der kaufmännische Angestellte? Fragt Gure Söhne und Töchter, die den kaufmännischen Beruf erthält haben, wo sie organisiert sind! Sagt ihnen, daß für sie nur einzig und allein die freigewerkschaftliche Or- ganisation, der Zentralverband der Angestell- ten in Betracht kommt! Gure Söhne dürfen niemals im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen- Verband, der die Jugend statt über die Aufgaben der Gewerkschaften aufzuklären, im Nebenangeboten erzieht, auch nicht im Gewerkschaftsbund der An- gestellten organisiert sein. Gure Töchter dürfen nicht im Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten oder andern reaktionären Verbänden organisiert sein. Alle diese Verbände sind An- hänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wer freigewerkschaftlich organisiert ist, Sorge dafür, daß seine Kinder sich ebenfalls freigewerkschaftlich organi- sieren.

Wer diese Worte nicht beherzigt, stärkt die gelben, monarchistischen Verbände. Die kaufmännischen Lehrlinge gehören in die Ju- gendabteilungen des Zentralverbandes der An- gestellten, der einzigen freigewerkschaftlichen Organi- sation der kaufmännischen und Bureauangestellten.

Sozialpolitisches.

Gegen den Brotwucher! Der sozialdemokratische Arbeiter- bund hat der Öffentlichkeit folgende Entschlieung unter- breitet:

Beim Jahre Hungersnot liegen hinter uns und schon wieder wird dem Proletariat, den Arbeitern, Angestellten und Beamten ein neuer Kampf um die Grundlagen ihrer Existenz durch die Mehrheit dieses Reichstages aufgezwun- gen. Schutz der heimatischen Produktion ist ihr Schlach- tref. Aushungerung und erneute Knechtschaft der werktätigen Bevölkerung die Wirkung dieser Politik. Verrauscht sind die Phrasen von der Volksgemeinschaft, die die Not gemeinsam zu ertragen habe.

Wieder hat das Massensterben im alten und im neuen Proletariat begonnen; die Not der Kinder steigt und steigt; die Tuberkulose fordert neue Opfer; Tausende und Zehn- tausende gehen wieder durch Erschöpfung zugrunde.

Aber der größte Teil der bürgerlichen Parteien duldet stillschweigend die geplante ungeheuerliche Preis- steigerung der wichtigsten Nahrungsmittel durch Schutzzölle.

Wo bleiben in diesem Kampfe die Kräfte, die sich doch sonst immer als die allein berufenen Hüter der Volks- gesundheit aufzuspielen liebten? Warum erheben nicht auch sie ihre Stimme gegen den erneuten Aufbau an der Gesundheit des Volkes? Dauern predigt man, daß der Mensch der wertvollste, der unerlässlichste Teil unseres Staatsvermögens sei, daß wir gerade infolge des Krieges mehr denn je Menscheneconomie zu treiben hätten. Vergessen haben diese Kreise ihre Klagen über Hunger- blockade, über das Sterben der Säuglinge, über den Ge- burtenrückgang; denn es gilt, dem Großkapital und den Agariern, den Stützen der bürgerlichen Gesellschaft ihre verlorene Vormachtstellung wieder in die Hände zu spielen.

Einführung der Schutzzölle bedeutet den Hunger- tod für Tausende von Proletariern. Nachdem der Kampf gegen den äußeren Feind verloren wurde, soll der innere Feind, die arbeitenden Klassen, durch die Inflation zer-

märkt, von den verbündeten Agrariern ausgehungert werden. 12 Millionen Deutsche wurden ein Opfer des Krieges und der Nachkriegszeit, Millionen steht der Hungerdof bevor.

Die medizinische Wissenschaft aber und ihre Vertreter als nur allzu willige Diener der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft lassen jüdischweidend neues Glend über Frauen und Kinder kommen. Die bürgerliche Ärzteorganisation, einzig im Kampfe gegen die Sozialversicherung, fördert durch Stillschweigen diesen Zustand.

Um die neue Hungerblende gegen die arbeitenden Massen durch diese deutschen Volksgenossen zu verhüten, erheben die Ärzte des sozialdemokratischen Ärztebundes, die aus eigener Anschauung wissen, wie das Proletariat hungert, wie Säuglinge und werdende Mütter dahinsiechen, ihre warnende Stimme. Es ist die geschichtliche Mission der sozialdemokratischen Partei, gestützt auf die Ergebnisse der Wissenschaft, den Kampf gegen die Ausbeutung in jeglicher Form mit aller Schärfe zu führen.

Schutzzölle bedeuten Siedtum und Tod des durch zehnjährige Entbehrungen entkräfteten Volkes. Wenn unser Mahnruf unehört verhallt, werden in kurzer Zeit Tausende von entkräfteten Kindern durch die Schutzzollpolitik der Agrarier und der Großindustrie zugrunde gehen als neue Opfer des deutschen Kapitalismus.

Die Kleinhandelspreise jetzt und vor dem Kriege. Die "Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht den Stand der Kleinhandelspreise wichtiger Waren im Durchschnitte von 72 Gemeinden, in denen die Preise festgestellt wurden für Monat Juli 1924 gegenüber Juli 1914 (gleich 100%).

Dieser lehrreichen Tabelle zufolge war immer noch die Wohnung die billigste Ware (68). Niedriger als 1914 waren noch folgende Warenpreise: Mädeln (71), Margarine (83) - diese beiden Artikel können relative Billigkeit dem Fortschritt der Technik verdanken -, Sakerfioden (91), Weizenmehl, inländisches (91), Roggenmehl (93), Frauencheviotrod (94), Vollreis (95), Weizengrieß (96), Roggenbrot (99), Graupen (100). Während des Monats August erfolgte aber eine weitere Verteuerung der Lebensmittelpreise, derzufolge die genannten Preise heute bereits überholt sind. Ueber den Friedensstand standen der Reihe nach: Salzheringe (102), Schweinejambals, ausländisches (102), Weizenmehl, ausländisches (102), Minderfleisch, Kochfleisch mit Knochen (105), Elektrizität, Licht (109), gelbe Erbsen (111), Schweinefleisch, Bauchfleisch (119), Männerjodien (122), Schellfisch (125), Mädchenkleid (125), Männerstiefel (126), weiße Erbsenbohnen (127), weiße Waschlöcher (128), Dörrbohnen (129), Frauenstrümpfe (130), Frauenunterrock (130), Glaschblusen (130), Frauenstiefel (131), Leuchtgas (132), Kinderstiefel (134), Vollmilch (140), geräucherter Speck, inländischer (144), Herrenanzug (151), Butter, inländische (153), Kochgas (154), Frauenhemd (156), Fesseln von Männerstiefeln (157), Jücker (157), Braunlohlenbrittelis (158), Steinlohlen (165), Knabenanzug (166), Eier (172), Männerjambals (198).

Die verschiedenen Reizgrößen für die Lebenshaltung haben sich im Juli folgendermaßen gestaltet (1914 gleich 100): Wohnungsindex 68, Lebenshaltungsindex 116, derselbe ohne Bekleidung 112, derselbe ohne Wohnung 131, Heizungs- und Beleuchtungsindex 143, Bekleidungsindex 145.

Kann eine drohende Arbeitslosigkeitskrise vorauserkant werden? Gewisse Länder stellen nummehr Wirtschaftsbarometer auf, um Perioden anormaler Beschäftigung und wirtschaftlichen Niederganges im voraus feststellen zu können. Dieses Wirtschaftsbarometer soll dazu dienen, die Schwankungen auf bevorstehende wirtschaftliche Fluktuationen aufmerksam zu machen und zu ermöglichen, rechtzeitig Vorbeugungsmaßnahmen gegen drohende Arbeitslosigkeit zu ergreifen.

Eine kürzlich vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlichte Studie, die der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes unterbreitet wurde, enthält eine Darstellung der Wirtschaftlichen Fluktuationen angemandt werden. In den Vereinigten Staaten ist dieses wissenschaftliche Verfahren am allerweitesten verbreitet, ist jedoch ebenfalls seit einiger Zeit in Großbritannien und auf dem europäischen Kontinent. Die schweren Folgen der wirtschaftlichen Fluktuationen sowie die beträchtliche Arbeitslosigkeit, die sie nach sich ziehen, werden zum großen Teil durch den Mangel an Voraussicht verursacht. Wenn dem Interessenten ermöglicht wird, kommende Krisen ziemlich sicher voranzusehen, kann angenommen werden, daß diese Fluktuationen weniger stark in die Erscheinung treten. Wenn zum Beispiel erkennbar wird, daß eine Preishöhe ihrem Ende zueilt, mit einer Waife zu weichen und die Interessenten rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht werden, werden die Produktionszeit gegeben Zeit ihre Produktion herabsetzen können. Das Ueberangebot auf dem Markt wird also geringer sein, wenn der angekündigte Preisrückgang eintritt und dieser Rückgang wird dann wahrscheinlich weniger stark sein. So wird auch die Produktions einschränkung, die durch den Preisrückgang hervorgerufen wird, weniger scharf in die Erscheinung treten. Es ist selbstverständlich, daß die wirtschaftliche Stabilität, die auf diese Art erzielt werden kann, um so vollkommenere sein wird, je richtiger und vollständiger die statistischen Angaben sind, welche die Voraussetzungen ermöglichen.

Genossenschaftliches.

Internationaler Genossenschaftskongress in Genf. Am 1. bis 4. September fand in der belgischen Stadt Genf ein Kongress der 11. Kongress des Internationalen Genossenschaftsbundes statt, an dem nahezu 500 Delegierte aus 20 Ländern teilnahmen. Vom Generalsekretariat wurden 12 Kommissare waren 23 Vertreter anwesend. Die Verhandlungen wurden von der Schweiz geleitet, Deutschland wurde durch einen Delegierten vertreten. Die Verhandlungen des Internationalen Kongresses ergibt sich aus

der Zahl von 52 550 angeschlossenen Genossenschaften (für das Jahr 1922) mit rund 31 Millionen Mitgliedern und einem Umsatz von 7 1/2 Milliarden Goldfranken (Schweiz). Auf das Jahr 1924 sind die prozentualen Zunahmen so berechnet, daß sich ein Stand von 60 000 Genossenschaften mit 40 Millionen Mitgliedern und 10 Milliarden Franken Umsatz ergibt.

Mit dem Kongress, der Richtlinien für die Behandlung internationaler genossenschaftlicher Geschäfts-, Wirtschafts- und Finanzfragen, auch für die Neutralität der Genossenschaftsbewegung aufstellte, war eine erstaunlich große, künstlerisch und wirtschaftlich gleichbedeutende Internationale genossenschaftliche Ausstellung verbunden, die seit Juni hunderttausende belgischer und ausländischer Besucher anlockte. Sie gab zusammen mit dem Kongress ein anschauliches Beispiel von dem bedeutenden organisatorischen Stande und der produktiven und wirtschaftlichen Leistungskraft der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung der Welt.

fachtechnisches.

Abendkurs für Maler in Nürnberg. Die Leitung des städtischen (offenen) Zeichenfaßs in Nürnberg hat sich entschlossen, einen Abendkurs für Maler einzurichten. Es ist geplant, für Arbeitslose besondere Tageskurse zu schaffen. Hiermit wird ein schon längst bestehendes Bedürfnis der Verwirklichung entgegengeführt, das von unserer örtlichen Organisation schon im vorigen Jahre den Arbeitgebern gegenüber in der Lehrlingskommission geltend gemacht wurde. Der Unterricht soll sich möglichst an die Praxis anschließen, um auch den Minderbegabteren Gelegenheits zu bieten, ihr Können zu vervollständigen.

Teilnehmen können alle nicht mehr zum Fortbildungsschulunterricht verpflichteten Berufsangehörigen. Inwieweit Auswärtige zugelassen werden können, bedarf noch der besonderen Erwägung. Unkosten entstehen soviel wie gar nicht, und so dürfte sich für viele Kollegen Gelegenheit bieten, das durch die Zeitverhältnisse Verlorene wieder auszugleichen. Die in immer weiteren Kreisen in Erscheinung tretende mangelnde Ausbildung unserer Lehrlinge dürfte wesentlich zu diesem Schritt mit beigetragen haben.

Anmeldungen sind bei der Leitung des (offenen) Zeichenfaßs zu vollziehen, auch kann Näheres in unserm dortigen Bureau mitgeteilt werden.

Die deutsche Farbstoffproduktion. Die deutsche Farberzeugung hatte vor dem Kriege fast ein Monopol, das durch die deutsche Erfindertätigkeit hergestellt und gesichert war. Im Kriege haben die Ententestaaten die deutschen Patente enteignet, wie der schöne Ausdruck für diesen Diebstahl hieß, und haben nun begonnen, selbst eine Farberzeugung aufzubauen, indem sie diese Patente verwendeten. Sie haben es darin schon ziemlich weit gebracht, wie ein Bericht des "Department of Commerce" in Washington lehrt. Die Gesamterzeugung der in der Interessengemeinschaft der chemischen Großindustrie zusammengeschlossenen bedeutendsten Werke betrug im Jahre 1923 145 Millionen Pfund gegen 230 bis 240 Millionen im Jahre 1913. Gleichzeitig aber hat sich die Erzeugungsfähigkeit dieser Werke um ungefähr 20 bis 25 % gesteigert, so daß die Ausnutzung der Anlagen beträchtlich gesunken ist, auch wenn man die durch seinen Ruhrlauf verschlechterte Produktionsziffer des Jahres 1922 mit 192 Millionen Pfund zugrunde legt. Das kommt hauptsächlich daher, daß der Export stark zurückgegangen ist. Deutschlands Anteil an dem Weltmarkt mit Farbstoffen dürfte 1913 etwa 75 %, mit den im Ausland unter deutschem Einfluß stehenden Fabriken aber rund 88 % betragen haben. Heute deckt England seinen eigenen Verbrauch zu ungefähr 80 %, Frankreich, Italien und Japan den ihrigen zu 40 bis 50 %, und die Vereinigten Staaten zu 93 1/2 %, wenn man den in dem genannten Bericht angegebenen Zahlen, die vielleicht durch Nachbestrebungen amerikanischer Interessenten etwas gefärbt sein könnten, Glauben schenken will. Jedenfalls erkennt man aus diesen Zahlen, daß Deutschland im Jahre 1922 nur ein Drittel seiner Exportfähigkeit hat ausnutzen können. Wenn Deutschland Reparationen zahlen soll, kann es dies nur durch Export von Fertigfabrikaten, unter denen die der chemischen Industrie zu den wichtigsten und wertvollsten gehören. Es kann nur exportieren, wenn ihm die Möglichkeit dazu nicht durch Zollschranken verschlossen ist. Darum kann Deutschland nur Reparationen zahlen und der Gläubiger nur Reparationen empfangen im Zustand des Freihandels.

Vom Ausland.

Holland. Die Arbeiterbewegung macht hier schwere Zeiten durch. Der Mitgliederrückgang in mehreren Gewerkschaften spornt die Reaktion zu grösser Brutalität an. Der Streik in der Textilindustrie gegen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung, an dem 20 000 Arbeiter beteiligt waren, ging nach 7 Monaten verloren, weil die christlichen und katholischen Organisationen Streikbruch übten.

Im Malergewerbe und auch in den Baubetrieben ist es gelungen, die 48-Stunden-Woche aufrechtzuerhalten. Trotzdem hat das Ministerium für Arbeit auf Bitten der Bauarbeitgeber zugestimmt, dass in den Baubetrieben bis Oktober dieses Jahres 10 Stunden gearbeitet werden kann, obwohl die Gewerkschaften jede Arbeitszeitverlängerung als durch nichts begründet abgelehnt haben.

Die Mitgliederzahl unseres Verbandes nimmt ab, teils weil unser Tarifvertrag nicht mehr zur Organisation verpflichtet, ferner durch die Zunahme des Kleinmeisterums, vor allem wegen der grossen Arbeitslosigkeit im Winter. Die übrigen Arbeitgeber klagen über die ihnen dadurch bereitete Schmutzkonkurrenz, suchen aber das Uebel mit den ungeeignetsten Mitteln, mit niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit, zu bekämpfen.

In den Malereibetrieben haben wir in diesem Frühjahr trotz des erfolgten Abschlusses eines Landotarifvertrages eine grössere Zahl von Aktionen für die Ver-

besserung der Tariflöhne durchgeführt. Einige dieser Aktionen führten zu Streiks, die meist von Erfolg waren. Unser Hauptvorstand plant eine kräftige Aktion zur Durchführung allgemein geltender Tarifregeln für die Malerarbeiten in Neubauten. Unsere Meister lehnen eine Regelung der Akkordpreise ab.

Man erwartet hier im allgemeinen eine bessere Konjunktur. Wir hoffen, dass dadurch auch für das Malergewerbe wieder eine bessere Zeit kommt. Dann kann unser Verband seine Tätigkeit für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen wieder aufnehmen und versuchen, zurückzuholen, was uns jetzt durch die Reaktion entrisen worden ist.

England. In der Frage der Industrieverbände hat der vor kurzem in Hull stattgefundene Gewerkschaftskongress folgenden Beschluss gefasst: 1. Die Zahl der gegenwärtig bestehenden Gewerkschaften, die die Arbeiter in verschiedene und oft einander gegenüberüberstehende Lager trennt, ist zu groß und müsste wesentlich vermindert werden. Dieser Punkt bezieht sich auf die notwendigen Zusammenschlüsse, Verschmelzungen der Berufsorganisationen. 2. Sämtliche in derselben Industrie beschäftigten Arbeiter sollen in einem Industrieverband organisiert werden, wie dies vom Verband der Bergarbeiter oder Eisenbahner angestrebt wird. Hier liegt eine klare Stellungnahme zugunsten der Industrieverbände vor. Sie wird aber abgeschwächt und in ein Kompromiss umgebogen durch den folgenden Punkt, der lautet: 3. Ein System soll erfunden werden, das ohne die Verschmelzung der heute bestehenden Organisationen in andere grössere Verbände zwischen den Gewerkschaften enge Beziehungen herstellt, damit gemeinsame Aktionen einfacher und reibungsloser durchgeführt werden können, als dies heute möglich ist. Demnach soll zwischen den verwandten Verbänden eine Art Kartellvertrag zustande kommen. Der Beschluss wurde mit 2 1/2 Millionen gegen 1 1/2 Millionen Stimmen gefasst.

Literarisches.

"Der Arbeiter-Sperantist." Offizielles Organ des Arbeiter-Sperantobundes für das deutsche Sprachgebiet. Verlag: Arbeiter-Sperantobund, Leipzig-Mühlstadt, Reichshofstr. 2. Geschäftsstelle: Dreslau VIII, Bornewitzstr. 62. Das Blatt erscheint monatlich. Jahresabonnement 1,50 Goldmark.

"Völkerpiegel." Esperanto im Dienste der Berichterstattung. Herausgeber: Pressekommission Leipzig. Arbeiter-Sperantisten. Das Blatt erscheint monatlich zweimal. Bestellungen richtet man an den Verlag Welt, Kampstr. 10, Leipzig-Schönefeld, Reichshofstr. 6, s. St. Sechs hintereinander folgende Nummern kosten 65 A., der Betrag ist vorher einzusenden.

Briefkasten.

Hamburg. Zu dem in Nr. 30 unter der Rubrik "Aus unserm Veru" veröffentlichten Bericht, letzten Absatz, ist festzustellen, daß, wie auch schon aus der Sachbildung selbst deutlich hervorgeht, der Betriebsobmann B. mit der Angelegenheit, betreffend Bezirksbureau, nichts zu tun hat.

Vom 21. bis 27. September ist die 39. Beitragswoche.

Bekanntmachung.

Aus praktischen und organisatorischen Gründen und auf Anregung des Verbandsrates und eines größeren Teiles unserer Filialen hat der Vorstand folgendes beschlossen: An Stelle der bisher üblich gewesenen beitragsfreien Marken bei Arbeitslosigkeit und Krankheit wird von der 40. Beitragswoche (1. Oktober) an eine Beitragsmarke über 10 A. eingeführt. Davon erhalten die Hauptkasse und die Filialkassen je 5 A.

Die gleiche Maßnahme wurde schon bisher von vielen Filialen getroffen. Es bleibt hierdurch bei Arbeitslosigkeit und Krankheit die Fühlung der Mitglieder mit dem Verbandsbestehen, und ferner erfolgt auf diese Weise wenigstens eine geringe Gegenleistung für die Aufwendungen der Filialen und der Hauptverwaltung in der beitragsfreien Zeit.

Durch Einführung der neuen beitragsfreien Marken zu 10 A. verlieren vom 1. Oktober an die sogenannten schwarzen Marken ihre Gültigkeit. Der davon noch vorhandene nicht zu verwendende Rest ist darum möglichst bald zurückzusenden. Die neuen Marken zu 10 A. gehen den Filialen noch rechtzeitig zu. Der Verbandsvorstand.

Anzeigen

Filiale Bielefeld. Unser Vereinslokal befindet sich: Restauration "Zum Eispaß", bei Karl Heisenberg, Mauerstr. 13.

Malerschule Zimmermann
früh. Kursleiter an der Gewerbeschule und staatl. Lazaretttschule
holz-Marmor-Schrift
Mannheim-Neckarau
Telephon 3536
Man verlange reich illustrierten Prospekt
Vom Gehilfenverband Mannheim-Ludwigshafen als hochleistungsfähig anerkannt und empfohlen.

Malerschule Buxtehude
Altbekannte, größte Fachschule für Dekorationsmaler
1914 Stb. Medaille. Eintritt jederzeit
Programm durch die Direktion